

"Wir können jetzt Volldampf voraus fahren"

1362 words

13 May 2006

General Anzeiger

German

(c) 2006 General-Anzeiger, Bonn

GA-INTERVIEW Die Entwicklungsländer machen Druck, die Investoren brauchen Sicherheit: Richard Kinley, kommissarischer Exekutivdirektor des UN-Klimasekretariates, über die neuen Verhandlungen zum Klimaschutz und die Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls

BONN. Am Montag beginnt in Bonn eine neue Verhandlungsrunde zum Klimaschutz. Vor allem für den Energiesektor und den Emissionshandel sei es wichtig zu wissen, wie es in den nächsten Jahren weitergeht, sagt Richard Kinley, kommissarischer Exekutivdirektor des UN-Klimasekretariats, das seinen Sitz in Bonn hat. Die Fragen stellte Lutz Warkalla.

GA: Klimakonferenzen hat es in Bonn schon eine ganze Reihe gegeben. Was ist das Besondere an der Konferenz, die vom 15. bis 25. Mai hier stattfindet?

KINLEY: Der Grundstein für diese Konferenz wurde auf der Klimakonferenz in Montreal im letzten Dezember gelegt. Da gab es zwei wichtige Ergebnisse: Erstens wurde das Kyoto-Protokoll durch Beschluss der detaillierten Umsetzungsrichtlinien auf eine feste Grundlage gestellt, so dass wir jetzt Volldampf voraus fahren und das Kyoto-Protokoll in allen Einzelheiten umsetzen können. Zum anderen wurden zwei neue Verhandlungsbereiche beschlossen, die die zukünftige Klimapolitik vorbereiten sollen: Die 189 Vertragspartner der Klimarahmenkonvention (UNFCCC), also auch die USA und Australien, die das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben, beteiligen sich an einem auf zwei Jahre angelegten Dialog zum Klimawandel und zur zukünftigen Umsetzung der Klimarahmenkonvention. Es geht also darum, wie sich die Staaten die künftige internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz vorstellen. Am 15. Mai beginnt in Bonn das erste von vier Treffen. Bis Ende nächsten Jahres soll dieser Prozess abgeschlossen sein. In einer zweiten Verhandlungsrunde treffen sich die 163 Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls um darüber zu beraten, wie die zweite Verpflichtungsperiode des Protokolls ab dem Jahr 2012 aussehen könnte.

GA: Welche Bedeutung haben diese Verhandlungsrunden?

KINLEY: Beide Verhandlungsbereiche sind sehr wichtig, weil sie erheblichen Einfluss beispielsweise auf Investitionen im Energiesektor haben werden. Staaten und Firmen müssen darin bestärkt werden, dass es sich lohnt, in den CO₂-Markt zu investieren, und sich am Emissionshandel zu beteiligen. Wesentlich ist dabei auch die Frage, wie Entwicklungsländer in die zukünftige Klimapolitik eingebunden werden. Für diese Länder sind insbesondere Anpassungsmaßnahmen an unvermeidbaren Klimawandel ein wichtiger Arbeitsbereich.

GA: Welche Rolle spielen die USA in dem jetzt beginnenden Dialog?

KINLEY: Eine sehr aktive. Sie haben ein Dokument vorgelegt, in dem sie ihre Vorstellungen und Schwerpunkte zum Klimaschutz beschreiben. Darin betonen sie ihre Bereitschaft, in allen wichtigen Fragen mit den anderen Vertragsparteien zusammenzuarbeiten. Sie fordern zum Beispiel verstärkte Zusammenarbeit bei regierungsgeförderten Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsprogrammen zu neuen Technologien. Dies ist ein Bereich, in dem sich die USA bereits aktiv engagieren.

GA: Die Amerikaner wollen auch die Entwicklungsländer, vor allem große wie China und Indien, stärker einbinden. Sollen die Entwicklungsländer künftig voll ins Kyoto-Protokoll integriert werden?

KINLEY: Viele Entwicklungsländer, auch China und Indien, sind ja jetzt schon Vertragsstaaten. Und sie arbeiten auch sehr aktiv mit, beispielsweise an Projekten, die klimafreundliche Maßnahmen im Rahmen des so genannten »Clean Development Mechanism (CDM)« (Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung) unterstützen.

GA: Und wie funktioniert das?

KINLEY: Dieser Mechanismus ermöglicht es entwickelten Ländern, Projekte zur nachhaltigen Entwicklung in Entwicklungsländern finanziell zu unterstützen und dafür Emissions-Gutschriften zu erhalten. Bis jetzt wurden so zahlreiche Projekte beispielsweise in Indien, Brasilien und China initiiert. Bei den Verhandlungen jetzt wird es auch darum gehen, wie dieser und die anderen Mechanismen des Kyoto-Protokolls vertieft und ausgebaut werden können. Wir sehen jetzt schon, dass mit den bestehenden Mechanismen sehr große Reduktionen kostengünstig erzielt werden können. Bis 2012 werden durch den CDM Treibhausgase in einem Umfang eingespart, der dem Ausstoß von Großbritannien und Spanien im Jahr 2003 entspricht.

GA: Welche Ziele bringen die Entwicklungsländer mit in die Verhandlungen?

KINLEY: Die Entwicklungsländer machen Druck, dass die Industrieländer, die ja immer noch weit höhere Pro-Kopf Emissionen haben, zügig mit weiteren Maßnahmen vorangehen. China und Indien möchten beispielsweise, dass die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls deutlich verlängert wird und über die Fünf-Prozent-Emissionsminderung hinausgeht. Es gibt Vorschläge, diese Phase bis 2030 auszuweiten.

GA: Warum ist das den Entwicklungsländern so wichtig?

KINLEY: Jetzt sind noch die Industrieländer für den größten Teil der Emissionen verantwortlich, aber langfristig wird es nicht möglich sein, das Klimaproblem ohne Beteiligung der Entwicklungsländer zu lösen. Der Energiemarkt braucht langfristige Sicherheit. Die Laufzeit eines Kraftwerks beträgt gut 40 Jahre. Allein im Energiebereich werden bis 2030 Investitionen in Höhe von 16 Trillionen Dollar erwartet, ein Großteil in Entwicklungsländern. Investoren wollen Planungssicherheit haben. Und je länger der Zeitraum ist, in dem sie sicher sein können, dass die erzielten Emissionsreduktionen angerechnet werden, um so mehr werden sie investieren.

GA: Werden die Entwicklungsländer sich auf rechtlich bindende Ziele unter dem Kyoto-Protokoll einlassen?

KINLEY: Das haben sie bereits in Montreal sehr deutlich abgelehnt. Im Rahmen der Konvention ist klar akzeptiert, dass beim Klimaschutz die Länder vorangehen müssen, die bereits seit 150 Jahren Treibhausgase in die Luft bringen. Was wir heute sehen an Klimawandel und was wir an hohen CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre messen, ist ja das Ergebnis von 150 Jahren Industrialisierung. Die Entwicklungsländer pochen auf ihr Recht, sich zu entwickeln. Von einer Familie in China, die mit 300 Dollar Pro-Kopf-Einkommen im Jahr auskommen muss, kann man kaum erwarten, dass sie auf eine Verbesserung ihres Einkommens und ihrer Lebensumstände verzichten soll, während Menschen in entwickelten Ländern 40 000 Dollar im Jahr verdienen und das möglichst auch noch steigern wollen. Solange die Pro-Kopf-Emissionen in Europa zweieinhalb mal so hoch wie in China und in den USA nochmals zweieinhalb mal so hoch wie in Europa sind, kann man von Entwicklungsländern keine Emissionsminderungen erwarten. Es muss darum gehen, nachhaltiges Wachstum zu fördern, so dass der Wohlstand gefördert wird, ohne dass die Emissionen zu schnell steigen.

GA: Stehen bei den Verhandlungen über eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls auch neue Reduktionsziele zur Debatte?

KINLEY: Das wird ein wichtiger Diskussionspunkt sein. Die EU hat beispielsweise angeregt, über Emissionsminderungen in Industrieländern bis 2020 in einer Größenordnung von 15 bis 30 Prozent zu sprechen. Das aktuelle Reduktionsziel liegt ja lediglich bei fünf Prozent bis zum Jahr 2012. Solche Reduktionsziele werden aber kaum Gegenstand der Verhandlungen hier in Bonn in diesem Jahr sein.

GA: Das Kyoto-Protokoll ist ein ja rechtlich bindender Vertrag, der die Länder verpflichtet, ihre Reduktionsziele einzuhalten. In Montreal wurde aber auch über freiwillige Klimaschutzmaßnahmen gesprochen. Geht diese Diskussion weiter?

KINLEY: Dies wäre eine Möglichkeit, Entwicklungsländer aktiver in die internationale Klimapolitik einzubinden. Und es gibt einige Staaten, die genau das tun wollen. Ein interessanter Bereich ist die Vermeidung der Abholzung tropischer Regenwälder. Ob sich Länder auf dieser Basis dann auch am Emissionshandel beteiligen können, ist eine andere Frage.

GA: Hat sich, etwa in den USA, die Einstellung zum Klimaschutz verändert?

KINLEY: Ja. Wir sehen in den letzten Jahren, und verstärkt seit dem verheerenden Wirbelsturm Katrina, einen Sinneswandel. Nach neuen Umfragen sagen rund 85 Prozent aller Amerikaner: Ja, es gibt Klimawandel, und er ist sehr wahrscheinlich von Menschen verursacht. Das ist eine enorme Veränderung. Auch in der amerikanischen Wirtschaft ist man viel offener für Klimaschutzmaßnahmen als früher.

GA: Gibt es weitere Schlüsselthemen auf der Konferenz?

KINLEY: Ganz wichtig ist das Thema Abholzung der tropischen Regenwälder, das ich bereits angesprochen habe. Costa Rica und Papua Neuguinea haben in Montreal vorgeschlagen, den Erhalt der Regenwälder im Rahmen des Klimaschutzes anzurechnen. Das wird inzwischen sehr ernst genommen, schließlich ist die Vernichtung der Regenwälder für fast 20 Prozent des weltweiten Treibhausgas-Ausstoßes verantwortlich. Das ist ungefähr so viel wie die Emissionen der USA. Ein anderes Thema ist die Abscheidung und Einlagerung von Kohlendioxid. Dies ist eine sehr vielversprechende Technologie, um Emissionen bei der Kohleverstromung zu verhindern. Damit ist es auch für Deutschland von Interesse, und einige deutsche Energieunternehmen versuchen, hier eine Vorreiterrolle zu spielen.

GA: Das UN-Logo prangt inzwischen am Langen Eugen. Wie sehen sie die Perspektiven von Bonn als UN-Stadt?

KINLEY: Viele unserer UN-Schwesterorganisationen werden bald in den Langen Eugen umziehen. Für uns dauert es noch etwas. Das UNFCCC-Sekretariat wächst gewaltig. Wir haben jetzt bald 200 Mitarbeiter. Wir freuen uns, unsere neuen Räume im ehemaligen Bundeshaus, dem "alten Hochhaus" direkt neben dem Langen Eugen, 2008 beziehen können. Ganz entscheidend wird dann die Erweiterung des ehemaligen Bundestages zu einem voll funktionsfähigem Konferenzzentrum sein. Damit kann Bonn dann wirklich als UN Stadt mit anderen Metropolen wie Genf und New York konkurrieren.